

**Ersteinstufige**  
 monatlich 40 Pf.  
 vierteljährlich 1.20 Mk.  
 halbjährlich 2.40 Mk.  
 jährlich 4.80 Mk.  
 1.05 Mk. inkl. Postgeb.

**Abonnementspreis**  
 monatlich 40 Pf.  
 vierteljährlich 1.20 Mk.  
 halbjährlich 2.40 Mk.  
 jährlich 4.80 Mk.  
 1.05 Mk. inkl. Postgeb.

**Die Neue Welt**  
 (Unterhaltungsblatt)  
 monatlich 10 Pf.

**Verwaltung:**  
 Redaktion: Nr. 288.  
 Expedition: Nr. 1047.  
 Kassenamt: Nr. 1047.  
 Postamt: Nr. 1047.

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Nr. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Nr. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

## Am Vorabend der Wahlkämpfe

Von Wien wird uns geschrieben:  
 Am 13. Juni wird im österreichischen Reichstagsrat die Hauptwahlkämpfe geschlagen. Bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes kamen 87 Sozialdemokraten in das Parlament, davon 50 Deutsche, 24 Tschechen, 6 Polen, 5 Italiener und zwei Ruthenen. Die italienischen Genossen haben von ihren zwei Mandaten eines verloren, da einer ihrer Vertreter Abgeordneter, Bagarin, aus weilen, der Partei austrat, sein Mandat zurücklegte und bei den Nachwahlen Verräterdienste den Bürgerlichen leistete. Auch die deutschen Sozialdemokraten haben ein Mandat verloren: nämlich den Tod des Gen. Warkig ging der Bezirk Gubions-Band, wo die Organisation während der langen Krankheit Warkigs sehr gelitten hatte, an die Deutschnationalen verloren. Dafür haben aber die deutschen Sozialdemokraten zwei andere Mandate in Nachwahlen erobert: Gen. Müller, einer der Leiter der Eisenbahner-Gewerkschaft, hat das Mandat im schlesischen Landeshut erobert, das im Jahre 1907 von dem deutschnationalen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses Kaiser im ersten Wahlgange erobert worden war, der Sozialdemokratie erwiderte, als es durch Reiches Tod freigesprochen war, und Genosse Warkig am 1. wurde im ersten Wahlgange von Innsbruck nach der Mandatsübertragung des Deutschnationalen Dr. Ecker gewählt, so daß die Sozialdemokratie nun beide Mandate der Hauptwahl von Tirol behält. Es waren also am Ende der Session 87 Sozialdemokraten, wie am Anfang.

Als das Parlament aufgelöst wurde, hofften die Regierungsparteien — vor allem Deutschnationalen und Christlichsozialen — den deutschen Sozialdemokraten so viel Mandate abzuholen zu können, daß Wienich im neuen Parlament eine sehr verlässliche Majorität habe. Das war ja auch der eigentliche Grund der Auflösung: die Wahlkreisepartien trauten sich nicht, die Steuerpolitik der Regierung zu bewilligen, da ja in zwei Jahren ohnehin die Wahlen hätten sein müssen und dann die Waage der Wähler zu bestreiten war. Auch war die Mehrheit der Regierung so gering, daß schon einige Abweichungen die unangenehmsten Kompensationen für Wienich mit sich bringen müßten. Mit der Auflösung sollte also erreicht werden, daß die Steuerreform gestürzt werde und daß die neuen Abgeordneten ohne Furcht vor den Wählern die neuen Steuern bewilligen könnten. Anfangs rechneten die Deutschnationalen und Christlichsozialen darauf, den deutschen Sozialdemokraten nicht weniger als 18 Mandate abzuholen zu können. Es war einfach hoffentlich, wie ihre Statistiker mit den Büchern handierten in dem einen Wahlkreis würde man sagen, wenn die sie das vorliegende nicht beteiligen, für die Bürgerlichen Kandidaten stimmen, in dem anderen, wenn man den Sozialdemokraten 200 oder 300 Stimmen abzuholen könnte, in dem dritten bei einer Kombination beider „Wem“. Nun kommen die Herren aber allmählich darauf, daß die Aussichten weniger erfreulich sind, als sie es sich anfangs vorgestellt hatten. Je näher die Wahlen heranrücken, um so mehr haben sie, daß ihre Klagen wenig Eindruck gemacht haben und daß die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterhaft unerschütterlich bestehen. Die größten Hoffnungen hatten sie auf die mit Freiwirtschaftsgelehrte „Deutsche Arbeiterpartei“ gesetzt, aber jetzt haben sie allmählich doch an, daß das Werk ihrer Gründung hinauszuverfallen war. Und dieser Tage schrieb uns das Krager Lagerfeld, ein wirklich regierungstreues Blatt, in einer Betrachtung über die Wahlsituation in Böhmen, man werde den Sozialdemokraten nicht acht Mandate in Böhmen abzuholen, wie man gehofft hatte; die Sozialdemokraten, die zuletzt 15 deutsche Mandate in Böhmen gehabt hatten, würden im ungünstigen Falle 12, im günstigsten aber 28 Mandate aus Deutschböhmen heimbringen. ... Waren sie gehen himmelhoch jauchend, so sind sie heute zu Tode betrübt. Sind doch einige ihrer Führer in großer Angst um ihr Mandat.

Die deutsche Sozialdemokratie hat vor vier Jahren 24 Mandate im ersten Wahlgange erobert und war an 24 Sitzwahlen beteiligt, von denen 16 zu ihren Gunsten ausfielen. In 24 von 33 Wahlen wurden in der Hauptwahl 12 Sozialdemokraten gewählt; von den 24 Sitzwahlen fielen vier zu ihren Gunsten aus. In 18 Jahren erlangte die deutsche Sozialdemokratie zwei Mandate im ersten und eines (bei sieben Sitzwahlen) im 2. Wahlgange, in Schlesien eines in der Hauptwahl und eines (von 21 Sitzwahlen) in der engeren Wahl. Es ist begreiflich, daß die Sitzwahlenmandate nicht als sicherer Besitz gerechnet werden können. Aber etwaigen Verlusten der Sitzwahlenmandate stehen die möglichen Gewinne in anderen Sitzwahlen gegenüber, da wie vor vier Jahren in einer ganzen Reihe von Bezirken nur um wenige Stimmen zurückblieben. So ist es nahezu sicher, daß das Mandat in Halle-Saalkreis, das bei den vorigen Wahlen der „Freisozialist“ Erard in der Stichwahl mit deutschnationaler Hilfe eroberte, uns zu fallen wird, da die Bergarbeiter darauf brennen, die Schande von 1907 wiederguwaschen. In Wien und Niederösterreich wird die Hauptkämpfe zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen geschlagen werden. Die Christlichsozialen sind hier in wohlhabender Aufstellung. Hätten sie sich nicht bei der Wahlreform im Jahre 1907 durch eine funktlose Wahlreform eine stärkere Bezirke geschaffen, in denen eine Handvoll Wähler einen Abgeordneten wählen, würde nicht der Magistrat durch scham-

losen Wahlzettel das Wahlglück forcieren und hätten sie nicht durch die Schaffung der Wahlpflicht in Niederösterreich sich einen Rückhalt an den Indifferenten verschaffen, so würden sie diesmal einfach erkräftigt werden. So wird man sich in Wien damit begnügen müssen, den Christlichsozialen viele Stimmen und einige Mandate abzuholen. Bisher hatten von den 88 Mandaten Wiens die Sozialdemokraten 10, die Christlichsozialen 8, die Freisozialisten 20 inne. Vor den abgehenden Wahlen entfielen 159 000 auf die Christlichsozialen, 134 700 auf die Sozialdemokraten, und 38 000 auf die verschiedenen deutschfreisinnigen Gruppen; fast 4000 Stimmen waren gesplittet, 7584 Stimmentel wurden (eine Folge der Wahlpflicht) leer abgegeben. Fast sicher wird den Christlichsozialen das Mandat im Praterbezirk der Leopoldstadt abgenommen werden, wo Schumier außer in seinem Stammbezirk Ltafking laubdiert. Erstlich geht für die Christlichsozialen sind noch Margarethen und Gensals durch die Sozialdemokraten, ferner Währing (wo ihr Führer Prinz Wichtenstein um sein Mandat ringt) durch Sozialdemokraten und Deutschnationalen, das Praterbezirk der inneren Stadt (bisheriger Abgeordneter Wiedlhofer) durch die Liberalen. Im übrigen Niederösterreich hatten die Sozialdemokraten sechs Mandate, von denen eines, das des Genossen Bernerthorfer in der Stichwahl erungen wurde. In Steiermark hatten wir sechs Mandate; nur in zwei Bezirken, wo wir die Mandate in der Stichwahl erungen hatten, gibt es einen engeren Kampf. In Tirol ist das bei einer Nachwahl gewonnene zweite Innsbrucker Mandat gefährdet, dagegen dürfte es gelingen, in Salzburg diesmal einen Sozialdemokraten durchzubringen. In Linz, wo wir alle drei Mandate behielten, sind zwei sicherer Besitzstand, das dritte ist gefährdet.

So stehen die Chancen in den deutschen Bezirken. Viel schwieriger ist die Abwägung der Aussichten bei den anderen Nationen. Ramentlich bei den Tschechen, die tschechische Partei hat sich erst in den letzten Monaten gebildet, und die neue Partei, die im Internationalismus und das Festhalten an der Gewerkschafts-Internationalen in den Vordergrund rückt, sieht in Wären in allen tschechischen Bezirken selbständige Kandidaten auf. Dafür hat in Wären die alte tschechische Partei ein Wahlkompromiß mit den Jungtschechen geschlossen, das so weit geht, daß der bisherige jungtschechische Abgeordnete in dem Bezirk, wo der Christlichsozialer der Mosonik, Zuzar, laubdiert, zugunsten Zuzars zurückzutreten ist. In Böhmen wieder haben Jungtschechen und tschechische Radikale ein Wahlbündnis gegen die Sozialdemokraten geschlossen. Erwähnt sei nur, daß der Gen. Gieg, der die Bergarbeiter von Böhmen-Steiermark vertritt, aus der alten tschechischen Partei ausgetreten und zu der neuen internationalen tschechischen Partei beigetreten ist.

Die polnischen, russenischen und italienischen Genossen dürften ihre Mandate behalten. Das mußte der das vorigmal in Krakau unterlegen ist und in das Parlament nur dadurch kam, daß Gen. Regier in seinem schlesischen Wahlbezirk im Platz machte, wird diesmal voraussichtlich in Krakau gewählt werden.

## Wie lebt der Arbeiter?

Kautzke Zeugnisse über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter.

In Deutschland geht es die jüngsten Jahre immer reicher: 1909 gab es neue Steuern auf Lebensmittel und Lebensbedürfnisse, heuer wird dem arbeitenden Volke als soziales Ausnahmehandelt die Reichsversicherungsordnung bester, wieder in zwei Jahren wird die fällige Militärverpflichtung kommen und nach abwärts werden werden wohl die Reichsfinanzien auf neue aufgestellt werden müssen. Dagegen liegt immer ein Erholungsjahr für den guten Michel; in diesem Jahre darf er über die schlechten Zeiten schimpfen, nach schweren und die Faust in der Tasche machen. Wenn aber die Spannung nachgelassen hat, dann kommen wieder die goldenen Tage für die Geschäftspolitiker und Prozentpatronen. Und das arbeitende Volk muß zusehen, wie es politisch und wirtschaftlich ausgebeutet und entrechtet wird; noch ist die Zahl der deutschen Michels so außerordentlich groß; nur langsam will das Meer derjenigen kleiner werden, die auf Wort und die Welt schimpfen, sobald sie nicht einmal mehr Steuern zahlen müssen und wenn die Preise für die Lebensbedürfnisse immer weiter in die Höhe gehen, die aber bei den Wählern doch ihren Inneren und Ausbeutern die Stimme geben.

Was die Sozialdemokratie vorausgesetzt hat, ist jetzt eingetroffen: trotz der etwas besseren wirtschaftlichen Lage im vorigen Jahre ist die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter entweder auf dem alten Fleck geblieben oder sie hat sich verschlechtert. Das wird jetzt von amtlicher Seite behauptet und zwar durch die preussischen Gewerbeinspektoren. In ihren Berichten erwähnen sie wiederholt die Tatsache. So heißt es aus dem Regierungsbezirk Königsberg:

„Die Lohnhöhe ist im allgemeinen die gleiche wie im Vorjahre geblieben und nur vereinzelt unwesentlich gestiegen. Die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien war angefaßt der allgemeinen Lagem und der erhöhten Lebensansprüche folgerichtig schwierig.“

Wesentlich unteil ist die Gewerbeinspektion in benachbarten Danks:

„Lohnaufhebungen sind nur vereinzelt bekannt geworden. Die Ernährungsverhältnisse waren durch die Preis-

teuerung beeinträchtigt. Die Kartoffelpreise waren dagegen mäßig.“

Freut euch also, ihr stolzierten Proletarier: lang's bei euch auch nicht auf einen Schweinebraten, so ist es euch doch immer noch gegönnt, den lieblichen Duft dampfender Kartoffeln um eure Nasen ziehen zu lassen. Der Gewerbeinspektor von P r e s s e l a u schreibt in gleicher Weise:

„Von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage kann ... angefaßt der fortwährend hohen Preise für Wohnung und Lebensmittel nicht gesprochen werden.“

Im Bezirk Erfurt soll ganz entsprechend der langsam ansteigenden Konjunktur mehr Arbeitstlohn verdient werden sein; aber:

„Durch das gleichzeitige Steigen der Lebensmittelpreise ergab ... insofern die Lohnsteigerung keine wesentliche Verbesserung für den Arbeiterbestand.“

In dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Schleswig heißt es:

„Die Löhne ... erscheinen im Vergleiche zu den in anderen Provinzen gegangenen Löhnen verhältnismäßig hoch, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß durch den hohen Preisstand der Lebensmittel und der notwendigen Verbrauchsgüterstände auch die Lebenshaltung im Bezirk sehr verteuert wird.“

Was anderen Bezirken wird sogar gemeldet, daß die Lebenshaltung beinahe sei, so wird aus Danzabund berichtet:

„Die Lohnhöhe ist im allgemeinen unverändert geblieben, so daß infolge der Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse die Lebenshaltung im Durchschnitt der Arbeiterfamilien sinken mußte.“

Und aus dem Regierungsbezirk Münster:

„Die Lebensmittelpreise, insbesondere die Getreidepreise, sind gestiegen. Da ein Ausgleich dafür den Arbeitern in Form von Lohnsteigerungen nicht zugebend werden konnte, ist die Annahme berechtigt, daß für die Mitglieder sinderreicher Familien nicht selten Unterernährung eintrat.“

Die Gewerbeinspektion in Aachen sagt:

„In der wirtschaftlichen Lage scheint allmählich eine Besserung einzutreten, doch sind die Löhne trotz der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel und der ganzen Lebenshaltung durchweg unverändert geblieben.“

Achtliches wird aus Trier und Aachen gemeldet.

Trotz dieser untrüben Zeugnisse für die Wahrheit der sozialdemokratischen Behauptung, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter sich in den vergangenen Jahren in keiner Weise gehoben, daß sie sich in mancher Beziehung noch schlechter gehalten hat, wird man doch nicht erwarten dürfen, daß die Regierung oder die herrschenden Parteien etwas dagegen tun werden. Zumal der „Arbeitervertreter“ Gieseler darüber jammert, daß die Begehrtlichkeit der Arbeiter lediglich von der Aufhebung durch die Sozialdemokratie herkomme. Um so eher wird man natürlich dem arbeitenden Volke immer neue Leiden auflegen wollen. Deshalb werden die Arbeiter noch viel schwerere Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Natur führen müssen, um aus eigener Kraft wiederzugewinnen, was ihnen die herrschenden Klassen fortgesetzt rauben.

## Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 12. Juni 1911.

### Leibeshängung auf Grund des Strafgesetzbuches!

Vor Kurzem ging durch die Parteipresse eine Notiz, die an einem Beispiele aus Merseburg nachweist, wie dort die Bestimmung des § 2617 Str.-G.-B. durch eine merseburgische Landesverordnung von Jahre 1869 (nicht 1809, wie es wohl infolge eines Druckfehlers hier) ergänzt wird. Danach können Ortsräte durch wiederholte Delinquenzen gezwungen werden, bei dem Orts- oder Ortsvorsteher für einen niedrigen Lohn zu arbeiten. Einige Parteimitglieder meinten, solche Dinge seien nur in Merseburg möglich. Es wird jedoch von den Amtsgewaltigen verneint, auch ohne Zustimmung der Merseburgischen Landesverwaltung die Ortsräte auf dem Lande um jeden Preis dem Gewerbe dienstfähig zu machen.

Auf einem Gute bei Köthen hat das eine Landarbeitersfamilie erfahren müssen. Eines der Kinder sollte „eingeknecht“ werden. Den Eltern fehlten die Mittel, um die Einknechtung des Jungen für die Konfirmation zu bestreiten. Der Ochsner mußte deshalb einen Fußfuß aus „öffentlichen Armenmitteln“ leisten. Der Vogt sagte eines Tages dem Arbeiter, der Junge könne nach der Stadt gehen, um sich beim Kaufmann einen Konfirmationsanzug anzuweisen. Der Junge hat seinen Vater, mit ihm zu gehen. Der Vater meldete sich beim Inspektore und ging an anderen Tage mit seinem Sohne nach der Stadt. Am nächsten Tage stellte er sich wieder bei der Arbeit ein. Natürlich war er jetzt überfällig, als er kurze Zeit darauf einen Strafbeschl. folgenden Wortlaut erhielt:

Auf Antrag der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verschuldung, am 4. April 1911 zu ... wo Sie aus öffentlichen Armenmitteln Unterstützung empfangen, aus Arbeitsfähigkeit gezwungen zu haben, die Ihnen von der Behörde, der ... Unordentlich, angewiesene, Ihren Kräften angemessene Arbeit zu verrichten, indem Sie nach Köthen gehen, ohne dazu Erlaubnis zu haben, und dadurch die Ihnen zugewiesene Scharbest bestz

**Fäulnis** — Ueberrettung gegen (?) § 361.7. Str.-G.-B. —  
wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Zeugnis des In-  
spektors . . . eine Defizitrate von fünf Tagen  
festgesetzt. Ungleich werden Jöhnen die Kosten des Verfahrens  
aufgelegt. Großherzog. Amsterdamer. Lübeck.

Mit dieser Strafe war die Anzeigepflicht jedoch nicht  
erfüllt. Auch die Frau des Landarbeiters hatte gegen den  
§ 361.7. Str.-G.-B. Vorgehen, wie es in dem unvollständigen  
Lübeckener Anzeigepflicht lautet. Sie hatte nämlich das Ver-  
fahren begonnen, am Sonntag, den 8. April, in ihrer Woh-  
nung zu wohnen. Den Tag zuvor war sie bei dem Inspektor  
gewesen, um ihm um Erlaubnis zu bitten, traf aber nur die  
Frau Inspektorin an. Sie glaubte, es genüge, wenn sie der  
Frau des Inspektors Mitteilung von der eintägigen Arbeits-  
verfäulnis mache. Damit hat sie sich bitter getäuscht. Am  
gleichen Tage, an dem ihr Mann von dem Strafbefehl über-  
zusetzen wurde, erhielt auch sie einen solchen mit dem gleichen  
Wortlaut. Auch sie wurde unterstellt, sich an Anzeigepflicht  
genügend zu haben, die ihr anzeigepflichtige Arbeit zu verrichten.  
Auch ihre Strafe wurde auf fünf Tage Defizit bemessen.  
Seine Eheleute haben gegen die Strafbefehle gerichtlichen  
Einspruch erhoben. Ueber den Einspruch hat das gleiche Amts-  
gericht zu befinden, das die Strafen verhängte. Es wird sich  
nun zeigen, ob das Reichsgericht in dieser ungewöhn-  
lichen Weise gegen Landarbeiter angewandt werden kann.

**„Der jähneltschende Löwe.“**

Am Reichstagen schreibt ein bezogter „Waterslandsfreund“  
eine lange Rede über das halbwegs gleiche Wahlrecht in  
Elsäß-Lothringen und seine Wirkung auf Preußen. Darin  
heißt es:  
„Wahrlich, man kann nur staunen und fragen: „Wie war so  
etwas möglich?“ Doch wir stehen vor einer vollendeten Tat-  
sache, welche die mannhafteste Stellungnahme der Konser-  
vativen nicht zu verhindern vermochte. Man aber nicht  
doppelt die Augen aufgemacht und das Pulver trocken gehalten,  
dann ist man fleischlich der Röhre, nachdem er in  
Elsäß-Lothringen Blut geschüttet hat, die Zähne  
und bereitet sich zum Sprunge, um über das  
preussische Landtagswahlrecht herzufallen  
und ihm den Garaus zu machen.  
Nach dem Verlaufe der jähneltschenden Löwe mit  
einem einzigen Schläge seiner Zunge ein ganz staatliches Kind  
zu töten. Wie wird nun dem preussischen Landtagswahlrecht,  
diesem traurigen Kind mit drei Köpfen, zumute sein angesichts  
der sprungbereiten Welle? Der Ausgang der Affäre ist doch  
gar nicht zweifelhaft. Wäre es da nicht besser, weiteres Blut-  
vergießen zu vermeiden und die Sache friedlich zu erledigen?  
Auf Blut kommen wir dem jähneltschenden Löwen gar nicht so  
sehr an, bloß das Kalb man tue!“

**Für die Flottenvermehrung**

Fast fünfzig die nationalliberale Tagesblätter  
sind in den letzten Jahren in der Richtung des Flotten-  
vermehrung, von 1912 ab jährlich einen großen Auf-  
bau, auf das warnte. Originell aber ist, was für Ver-  
teidigung dieser Forderung vorzubringen. Sie findet nämlich,  
daß diese gegen das Flottenbauprogramm verstoßende  
Flottenvermehrung eigentlich gar nichts Unmögliches enthalten  
könne. Die Stundgebung des Flottenvermehrung bewirke ja gar  
nichts anderes als den vom Flottenrat vorgeschlagenen Ver-  
stand von Schiffen fertig mit im Jahre 1917 bereits früher zu  
erfüllen.  
Das Argument, das freilich nicht nur in, ist denn doch zu  
dünn. Aberman weiß, daß die fast von Flottenvermehrung  
geforderten großen Kosten in Flottengeld nicht be-  
zogen sind. Werden sie dennoch gezahlt, so hat Deutsch-  
land bis zum Jahre 1917 eben nicht die durch das Flottengeld  
bestimmte Zahl von Schlachtschiffen fertiggestellt, sondern 1/3  
Schiffe mehr! Jeder normale Mensch wird das eine  
Flottenvermehrung nennen. Aber selbst wenn es sich nur um  
die frühere Fertigstellung der Schiffe handelte, so wäre auch  
das schon eine Flottenvermehrung, denn die Flotten-  
rüstungen sind ja nicht Zeitlos, sondern gerade an ganz be-

stimmte Zeitpunkte gebunden. Jede Vornahme von  
künftigen Schiffbauten unter dem Vorwande, daß diese  
Schiffe ja doch später einmal gebaut werden würden, ist eben  
nichts anderes, als eine Verhinderung der Flottenrüstungen!

**Lehrerfreiheit — Lehrernedrigkeit.**

1. Lehrerforderungen. Nach einem Referat des  
Rektors Tittel-Dortmund über die rechtliche Stellung des  
Lehrers in Staat und Gemeinde stimmte der 33. westfälische  
Provinziallehrervertrag Tübingen zu, in denen erklärt wird: dem  
Lehrer seien alle staatsbürgerlichen Rechte anzuer-  
kennen; die Ausnahmestellung des Lehrers, die sich im  
Ausgang von dem Amt eines Lehrers im öffentlichen  
Leben zeigt, sei ein Zeichen der Achtung, die ihm zu-  
zukommen; das Staatliche und Weisheitliche der Lehrer  
und ihr Recht auf vollstellige Befähigung müsse gesichert werden;  
wünschenswert sei ein Reichs-Lehreramt; bei  
Wahrnehmung seiner Würde werde der Lehrer „die Aussicht zu  
haben, die die innere Würde seines Amtes und die Inter-  
essen des Staates verlangen.“  
Nach einem Referat des Rektors Zuermann-Der über  
staatsbürgerliche Erziehung befürwortete der Provinziallehrer-  
vertrag die Einführung staatsbürgerlicher Erziehung, durch den den  
Lehrern ist die verhältnismäßige Teilnahme am öffentlichen  
Leben ermöglicht werden soll; der Unterricht muß nicht von  
politischen oder religiösen Parteizwecken frei bleiben.  
2. Lehrer-Entmündigung. Der obersächsische Lehrer-  
vertrag hat einstimmig beschlossen, sich an der sogenannten „nationalen  
Jugendpflege“, zu beteiligen. Diese sei, wie der Referent  
anführte, „an nationalen Pflichten notwendig gebunden.“  
Besondere Aufgabe des Lehrers werde es sein, dahin zu wirken,  
daß bereits die Schüler der oberen Klassen für  
die Verantwortlichkeiten der Jugendpflege ge-  
halten werden können. Auf den Landesklassen der breite Klaff  
zwischen Lehrenden und Beschülten, und da wäre es wohl des  
Schweiges der Eltern wert, die Klaff zu überbrücken. . . .  
Die Folge davon dürfte wohl Heimatliebe, weniger Landes-  
flucht sein.  
Das sind die richtigen Schulmeister, die im Dienste der Ob-  
erlieber die Aufführung der Jugend verbinden, um sie der  
agrarischen Ausbeutung zu erhalten. Und dieselben Schul-  
meister tragen mit Recht über mangelnde Rechte, elende Be-  
zahlung und Behandlung und verlangen, daß man sie in ihrem  
berechtigten Kampfe unterstütze. Was ihnen nicht zu sich um-  
bringen dünkt, für den Arbeiter wollen sie es erhalten und  
festigen.

**Deutsches Reich.**

— Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Im  
Reichstag des Innern beginnen am 20. d. M. Beratungen der  
Referenten der sozialpolitischen Abteilung mit den Ministerial-  
referenten sämtlicher Bundesregierungen; diese Beratungen  
sollen die Durchführung der Reichsversicherungsordnung vor-  
bereiten. Es handelt sich bei zunächst um die Organisation der  
neuen Versicherungsbehörden und ihre Anknüpfung an die  
Landesbehörden. Ferner wird es sich um die Aufstellung ge-  
meinsamer Grundzüge für die Neuorganisation der Kranken-,  
Ersatz- und Unfallversicherungen handeln. Außerdem stehen eine  
große Reihe von Einzelfragen zur Erörterung, wie beispiels-  
weise die Regelung des Verhältniswahlverfahrens, die Fest-  
setzung der ersatzfähigen Tagelöhne usw. Auch die Herausgabe  
neuer Marken und Cuttingsarten für die Invaliditäts- und  
Dahinterbleibenversicherung dürfte auf der Konferenz erörtert  
werden.

— Das Feuerbestattungsgesetz. Die Kommission des  
sogenannten preussischen Sterrenhauses hat am Sonntag das  
Gesetz über die Feuerbestattung in der Fassung des Abgeord-  
netenrat angenommen. Die Reichs-Zeitung bemerkt,  
denn ist das Gesetz, über eine erste, um dort drohende gefähr-  
liche Klippe glücklich hinweggekommen.

— Gegen den Verfrömmelungsroman. Von den Stadtver-  
ordneten Dr. Arons und Genossen wurde der Berliner Stadt-

verordnetenversammlung ein Antrag unterbreitet, durch den  
der Magistrat erlaubt wird, in einer an das Abgeordnetenhaus  
zu richtenden Petition die durch den Geheimrat über das  
Pflanzschulbildungsschulwesen in Preußen geführten Inter-  
essen der Stadtgemeinde Berlin zu wahren und besonders das  
gegen Widerstreit zu erhalten, daß die Einführung des  
Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen und  
die Befähigung der an der Verwaltung der Fortbildungsschulen  
Teilnehmenden beschleunigt werde.

— Nationalliberaler Stachel. In der Wilmischen Zeitung  
wird der Plan entkült, bei der Reichstagswahl in  
Düsseldorf seien nationalliberalen Kandidaten aufzu-  
stellen. Das bedeutet, daß die Nationalliberalen schon bei der  
Deputatswahl ihre Plannen dem Zentrumsfanatismus in die Arme  
treiben würden. 1907 erhielten: Zentrum 20 000, Sozialdemo-  
kratische 15 000, Nationalliberal 15 000; in der Stichwahl stimmten  
sämtliche Nationalliberal für das Zentrum. Diesmal  
müßte man diesen Stachel umgehen und will daher — gar  
seinen nationalliberalen Kandidaten aufstellen. Wird dies zur  
Tat, dann hätte die nationalliberale Erbarmlichkeit ihren  
Spiegel erreicht.

— Folgen der Preissteigerung. Die Einwirkung der uner-  
schwinglich hohen Fleischpreise auf den Konsum kommt in dem  
Jahresbericht der Verwaltung des städtischen Schlachthaus-  
und Viehhofes in Augsburg deutlich zum Ausdruck. Der Gesamt-  
fleischverbrauch im Jahre 1910 betrug 80 993 Kilo gegen 82 993  
Kilo im Jahre 1909. Wenn man die Zunahme der Bevölkerung  
und den weiteren Umfang in Rechnung stellt, daß der Fleisch-  
konsum hauptsächlich auf die arbeitende Bevölkerung trifft, so  
kann mit Recht von einer erheblichen Verschärfung der Er-  
nährung des Volkes gesprochen werden.

**Frankreich.**

— Entlarvte Sozialpolitik. Aus Paris schreibt man uns: Der revolutionären Jugend-  
organisation von Paris, eine anarcho-sozialistische Gruppe,  
die dem Worte der Sozialpolitik, so beschließt, ist die  
Enttarnung eines Sozialpolitikers eigentümlich. Der ge-  
lungen. Das Netz ist ein sogenanntes Informationsbureau,  
das von den Brüdern Géo und Marco Jouvenin in Paris ge-  
halten wird. Die beiden Journen beschäftigen sich haupt-  
sächlich mit der Beschaffung von Material für die Ver-  
öffentlichung von Informationsbureaus, Stenographen usw. gerät  
— mit Beihilfe der anarcho-sozialistischen, sozialistischen, kom-  
munistischen und radikalistischen Kreise, mit der Organisation  
und Entdeckung von Attentaten, ja sogar mit der Beihilfe  
der Polizei. Es gibt nämlich unter der Pariser Sozialmann-  
schaft eine Bewegung von „Reformisten“, die sich vornehmlich  
gegen die Gewaltthätigkeit des Polizeipräsidenten Lépine  
richtet. Entlarvt sind zwei im Dienste dieses Brüderepaars  
stehende Subjekte, wovon der eine verantwortliche Redakteur  
des anarcho-sozialistischen Blattes Le Libertaire ist, der andere  
außer für das erwähnte Brüderepaar für verschiedene radikal-  
istische Blätter als Mitarbeiter tätig und zugleich verschiedene  
anarcho-sozialistische Gruppen als Mitglied angesehen. Man  
merkt bei der Vollständigkeit halber, daß baskische Individuum  
bis vor kurzem der radikalistischen Gruppe Les lamelots du Roi  
angehörte.

Die beiden Journen haben, nach den bei den zwei jetzt ent-  
tarneten Subjekten Vieh und Futtermittel gefundene Aufzeich-  
nungen und nach deren Bekundungen, bei den jüngsten  
Ereignissen in der Champagne aktiv mitgewirkt. Es ist auch  
kein Zweifel, daß sie bei den einigmal häufiger werdenden  
Zerstörungsbereitschaften auf Eisenbahn-  
Linien ihre Hand im Spiel haben. In ihrem Auftrage hat  
Vieh auch den Versuch unternommen, einen zweiten Eisen-  
bahnverkehr zu provozieren. Die beiden Verräter wurden  
drei Tage auf der Guerre Sozialisten schloß, bis die Inter-  
suchung beendet war und sie sich zu Geständnissen beuerten.  
Dieses Lumpengesinde hat natürlich bei Anarchisten laichste  
Spiel. Polizeigehälter und Polizeipfeifen sind der  
Dünger, auf dem sich solche Stumpfpflanzen entwickeln.

**Kleines Feuilleton.**

**Die „Gezeiten und Zeiten.“**

Unter der Herrschaft der Namensträgerin bringt die  
Rein-Weiß Zeitung folgende interessante Ausfertigungen: „Es  
gibt leider noch immer einen Namensträger, der seine  
Arbeit unfähig, sich nicht leisten, den von ihnen Steuern er-  
heben auch Namen zum Gegenstand eines schamlosen Auf-  
gebots zu entscheiden. Aberman wird nicht denken, auf dem  
Gezeiten und Zeiten in Berlin, die in den  
Unter den Stunden der Berliner Redezeit befindet sich be-  
reits ein Tausend von Damen völlig unversehrten Rufes, die  
authentische Gezeiten. Parawinnen oder Frauen von A. J.  
oder J. geworden sind. Man kann von einem richtigen Adels-  
handel sprechen, bei dem Angebot und Nachfrage öffentlich ge-  
regelt werden. So finden wir in einer Berliner Zeitung vom  
25. Mai wieder einmal gleich drei Anträge solcher Gattung,  
eins unter dem anderen. Sie lauten wie folgt:

Reichherr,  
Graf, adlige Herren wünschen sofort Namensdeklaration durch  
Vagaster 406. Postamt 8.

Adliger Herr  
fortwährendes Geleit gefälligst. Postlagerkarte 1. Postamt 30.

Dame  
Nicht Namensdeklaration mit Graf. Postlagerkarte 327. Postamt 50.

Es scheint uns nützlich, auf diese schamvollen Schacher  
immer von neuem hinzuweisen. Man glaube übrigens nicht,  
daß diese Grafen und Herren, die sich in auf den Markt stellen,  
sich selbst sehr hoch bemessen. Sie beantragen sich mit niedrigen  
Preisen, aber dafür betreiben einige von ihnen das Geschäft  
nicht einmal, sondern ganz gewohnheitsmäßig, und bieten sich,  
frisch gefolien, als bald von neuem an. Schöne Dinge kann  
man an ihnen bekommen, wenn man in die Gezeiten und Zeiten  
auf 2. d. von den Herren, aus vornehmlich aufständigen  
Gesellschaft, die beide Namensträger mit „Zamen“ aus Berliner  
Ballotellen schlößen und am Abend des Hochzeitsfestes, des  
zweiten von ihnen — die Rollen vertauschen. Der von jenem  
Sohne eines nicht minder großen alten Hauses, der seiner  
„Namensträger“ ausdrücklich vor der Trauung schriftlich die Ein-  
willigung erteilt, in ihrer Lebensweise keine Änderung vor-  
zunehmen. Nein, auf Paris und Londoner Zustände können  
die Bürger der „jüngsten Weltstadt“ nicht mehr pharisäisch  
herabsehen. . . .  
Der Vater der Rheinisch-Preussischen ist begreiflich. Denn  
die Schamoparone sind ja die besten Freunde ihrer Adels-  
barone. Die Eintrittsliste vermag aber bezeugen, daß „Leber“  
so gar mancher ihrer bürgerlichen Willkür eine solche  
Gruat mit wenig Geld und hohen Adelstitel „gelohnt“ hat, um  
den Preis für seinen Sohn zur Scham zu stellen. Und  
doch auf diese abeligen Jungfrauen „verkommene“ Dämonen  
gab.

**Eine Ausstellung gegen den Alkohol.**

Das Internationale Bureau zur Bekämpfung des Alkohols  
hat in Lugano eine Ausstellung gegen den Alkohol ver-  
anstaltet, in der eine Reihe von einträglich wirkenden Bei-  
spielen die fernerer Schädigungen durch unmäßigen Genuß  
alkoholischer Getränke vorführt werden. Auf einem Zeichen  
sicht man Mäpchen, die die Verwundungen durch Alkohol er-  
leiden lassen, und zwar ist immer dem Beispiel das Gegen-  
beispiel gegenübergestellt. Man sieht Mauerwände von  
Frenten gegenüber anderen von behinderten Menschen. Man  
sieht Trübe des Barren, der durch Alkohol gelitten hat,  
ebenfalls Lebern, erweiterte Herzen, eine Gehirnhirnhaut,  
die sich oft bei Trinken völlig umbelegt vollzieht. An anderer  
Stelle erblickt man eine Waise, auf der drei Trümp von kleinen  
Menschen ruhen, die sich um einen Mann, den Weintrinker,  
den zweiten erblickt die Waise und Wein trinkt und den dritten  
jense, denn auch die weibliche Nation Alkohol specken würde.  
Dinter den drei Trümp sieht man drei Amputationen. Während  
man nun bei den Entnahmen nur einen Kranken auf dem  
Wagen sitzen sieht, sind auf dem der Wagnen zwölf Soldaten  
unter Geleit gesetzt und die Trümp haben alle nur vering-  
erten Plätze mit Weidloch belegt und schlafen sich nur mühsam  
weiter. Eine große Tabelle zeigt zwei lange Trümp von Bal-  
konnigen, Männern und Frauen, die im Hospital dem Alkohol  
ausgeliefert haben. Dann wird wieder die geringe Zahltraft  
der alkoholischen Getränke an den Tag herauf geholt. Die Aus-  
steller haben für eine Karte verschiedene Nahrungsmittel wie  
Milch, Brot, Erdbeeren, Käse, Zucker usw. gekauft und diesen  
gegenüber stehen eine Reihe Behälter, die mit einem weissen  
Silber gefüllt sind, durch die die Größe des Nahrungsvorrates  
Menschen veranschaulicht werden. Die Behälter sind  
überzeugt so den Besucher, wie außerordentlich gering der  
Wahrsinn des Alkohols gegenüber jeder anderen Nahrungs-  
mittel ist. Ein wirklicher Vergleich ist auch zwischen dem Bier  
und der Gerste dargestellt. Die Gerste, die den wichtigsten Be-  
standteil des Bieres bildet, ist in einem großen, dreimal  
größeren Maßstab als das für entsprechende alkoholische Er-  
zeugnis.

**Die Verlängerung der Lebensdauer.**

Die allgemeine Sehung der Lebenshaltung und die Verbesse-  
rung der sanitären Verhältnisse haben, wie in aller Kultur-  
staaten, so auch in England eine Verabminderung der Sterb-  
lichkeit bewirkt. So entfiel in England im Jahre 1875 auf je  
1000 Lebende 29 Sterbefälle, im Jahre 1885: 21, im Jahre  
1895: 19, im Jahre 1905: 17. Aus diesen  
Ziffern kann ohne weiteres geschlossen werden, daß die durch-  
schnittliche Lebensdauer sich verlängert hat. Ein vollständig  
überwärtiges Bild über die Lebenserwartung läßt sich geben  
insofern nicht, da auch eine Reihe anderer Faktoren, so vor  
allem die Alterszusammensetzung der Bevölkerung (insolange  
großer oder geringer Geburtenüberschuss, und Altersveränderung),  
die Sterblichkeit beeinflussen. Ein solches Bild ist nur zu ge-  
winnen auf Grund einer sogenannten Mortalitätskurve, die  
unter Berücksichtigung der Sterblichkeitsverhältnisse in den  
einzelnen Altersklassen feststellt, wie viel von je 1000 Geborenen

am Ende des 1., des 2., des 3. Lebensjahres usw. noch leben.  
Aus den so gewonnenen Ziffern läßt sich dann wieder eine  
einzige Zahl, die die mittlere Lebensdauer angibt, berechnen.  
In England betrug die mittlere Lebensdauer im Jahre 1875  
40,7 Jahre und im Jahre 1905 49,7 Jahre. In Schweden  
erhielt die Sterblichkeit der Jahre 1875-80, die andere aus denen der Jahre  
1881-90 und die letzte aus denen der Jahre 1891-1900. Es hat  
sich daraus eine Verlängerung der Lebensdauer für das männ-  
liche Geschlecht von 35,58 Jahren auf 42,77 Jahre, für das weib-  
liche von 36,25 Jahren auf 40,36 Jahren bei der dritten Sterbefälle  
erreicht. Auf das weibliche Geschlecht lauten die betr. Ziffern:  
38,45, 40,25 und 43,97. Die durchschnittliche Lebensdauer hat  
sich also in zwei Jahrzehnten in Deutschland um circa 5 Jahre  
für das männliche und 5 1/2 Jahre für das weibliche Geschlecht  
gehoben.

Vergleicht man die Lebenserwartung der deutschen Bevölke-  
rung mit der anderer Kulturvölker, wie dies das Reichs-  
statistikamt in seiner letzten Nummer tut, so zeigt es sich, daß nur  
in Österreich und Italien die durchschnittliche Lebensdauer  
geringer ist als bei uns. In Belgien und den Niederlanden ist  
sie um circa 5 Jahre, in Frankreich und England um 4 Jahre  
länger als bei uns, während Schweden, das allerdings unter  
ganz besondere günstigen Verhältnissen liegt, für das männliche  
Geschlecht sogar eine Lebensdauer von 50,24 und für das weib-  
liche von 52,36 Jahren einnimmt.  
Die verhältnismäßig hohe durchschnittliche Lebensdauer in  
Deutschland wird in erster Linie bedingt durch die hohe Säug-  
lingssterblichkeit, in der wir ja fast allen anderen Völkern  
überlegen sind. Zählt man die ersten Kinderjahre aus und ver-  
gleicht die Lebenserwartung der Lebenserwartung eines geschätzten  
Kindes in den verschiedenen Ländern, so ergibt sich für  
Deutschland ein Wert von 49,7 Jahren, für England ein solcher  
von 49,6 für Frankreich von 49,2, für Belgien von 49,3, für  
die Niederlande von 51,7 und für Schweden von 52,8 Jahren. Die  
in der Statistik hier für England ganz oder fast ganz ver-  
gessen ist, daß man sich nicht nur auf die Lebenserwartung eines  
einzelnen Kindern mit einander vergleichen. Es produktive  
Völker werden im allgemeinen die Jahre zwischen dem 15. und  
20. Lebensjahre annehmen. Es ist dies die für die Ge-  
sellschaft wertvollste Zeit des Individuums. Für Deutschland  
folgt aus der Altersrechnung der neunzigsten Jahre, daß hier  
der 15 Jahre alt gewordene Mensch durchschnittlich 37,92 Jahre  
innerhalb der Altersspanne von 15 bis 60 Jahren durchlebt,  
mit anderen Worten, daß ein Mann im Deutschen Reich  
37,92 Jahre produktiv tätig ist. In England beträgt die Zahl  
37,41, in Frankreich 37,26, in Belgien 38,09, in Schweden 38,33  
und in den Niederlanden 38,45 Jahre. Auf das weibliche Ge-  
schlecht ergeben sich um 1/2-3/4 Jahre höhere Werte. Nach der  
Überdauerung der neunzigsten Jahre wird die produktive Lebens-  
dauer des männlichen Geschlechtes 36,10 Jahre; es ist also in  
den letzten Jahrzehnten um 1/2 Jahre neu gewonnen. In den  
letzten Jahrzehnten hat sich noch vergrößert. Es ist dies nicht  
nur für das Individuum, sondern auch für die Gesellschaft ein  
ungeheurer Gewinn; jene 1/2 Jahre entsprechen für eine ein-  
zige Generation einem Gewinn von rund 2 Millionen Lebens-  
und Arbeitsjahren!

Italien.

Das neue Wahlgesetz.

Der Erlass über die Einführung des allgemeinen und direkten Stimmrechts ist jetzt veröffentlicht worden.

Türkei.

Die kritische Situation in Albanien.

Nach Depesch des Generalissimus Torgbuzi Scheffer in Aschka sind die militärischen Operationen in Albanien jetzt bis auf einen kritischen Punkt beinahe beendet.

Oesterreich lenkt ein.

Konstantinopel, 11. Juni. Der türkische Botschafter in Wien, Reich, hat an die Botsche ein Telegramm gerichtet, das die österreichischen Mitteilungen keine Einmischung in türkische Verhältnisse bedeutet.

Marokko.

Der französisch-spanische Interessent.

Aus Tanger wird gemeldet, daß die spanische Marine-Infanterie das Fort Kobbala besetzt und den Pascha von Mogador, welcher sich vorübergehend in Larache aufgehalten, aus dem Fort gewaltsam vertrieben habe.

Die französische Regierung ist natürlich von dem spanischen Vorgehen wenig erfreut und will Gegenmaßnahmen treffen.

Auch die Pariser Zeitungen beschäftigen sich gelegentlich mit der Haltung Spaniens in Marokko und betonen, daß der Sultanvertreter in Tanger erklärt habe, Marokko würde sich, wenn es die Mittel habe, genauso dem Vordringen Spaniens widersetzen.

Madrid, 12. Juni. Der frühere Minister Villanueva, der in der Cortes lebhaften Einspruch gegen die Landung der spanischen Truppen in Larache erhoben hatte, erklärte dem Korrespondenten eines französischen Blattes, die Lage in Marokko sei außerordentlich ernst.

Aus der Partei.

Das Arbeiterrecht in neuer Fassung.

In Berlin von A. v. Dieckhoff in Stuttgart wird im Oktober dieses Jahres infolge des Aufstretens der Reichsvereinsordnung eine völlige Neubearbeitung des Arbeiterrechts von Artur Stadthagen erdienen.

Dieses Werk wird ein zuverlässiger Führer und Ratgeber auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung nach der Reichsvereinsordnung sein und sich seinen guten Ruf auch in der neuen Ausgabe erhalten.

Generalversammlung

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, den 9. Juli 1911.

Vierter Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Nach Fortführung der Debatte über die Staffelbeiträge und die Beitragsanhebung, in der unter anderem auch zum Ausdruck kommt, daß durch die vom Vorstand vorgeschlagene Beitragsanhebung keine durchgreifende Finanzierung geschaffen werde.

Da auch Anträge auf Bornahme einer Abstimmung über die Staffelbeiträge und die Beitragsanhebung vorliegen, so kommen diese zunächst zur Abstimmung.

In einer weiteren Abstimmung erklärt sich die Generalversammlung mit allen gegen 5 Stimmen grundsätzlich für eine Erhöhung der Beiträge und ferner für die Beibehaltung der jetzigen Leistungen. Damit wird der Antrag, einen besonderen Kampffonds zu gründen, als erledigt betrachtet.

Diese Beschlässe werden nunmehr der Statutenberatungskommission überwiehen und die Beratung des Statuts wird weiterhin erledigt, bis die Kommission in der Lage ist, weiteren Bericht erstatten zu können.

Es folgt das Referat über die Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie. Der Referent hierzu, Cohen-Berlin, gibt an der Hand eines sehr reichhaltigen Materials eine authentische Darstellung von den Praktiken der Unternehmerabweisung in der Metallindustrie.

Die Unternehmerabweisung leugneten viele, daß sie von diesen Praktikanten Kenntnis hätten. Es sei ihm (Cohen) ein Zirkular bekannt geworden, worin angefragt wurde, welche Arbeiter die Unternehmer haben wollten, ob Christliche, Nicht-Dunkersche oder Gelbe.

Das Meiste auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie sei aber die Errichtung von gelben Arbeitsnachweisen. Die Berliner Vereinigung der Metallwarenfabrikanten habe eine Arbeitslosenunterstützung für die gelben Arbeiter eingeführt.

Zur Bekämpfung dieser Mißstände sei empfohlen worden, sich an die Gesetzgebung zu wenden. Er verspreche sich davon wenig Erfolg. Nur die eigene Kraft der organisierten Arbeiter könne hier helfen.

Die Resolution Cohen wird einstimmig angenommen und der Zusatzantrag Demmer abgelehnt. Sodann legt eine große Debatte über eine Antage der Statutenberatungskommission ein, die Arbeit darüber verhandelt, wie nach dem angenommenen Antage Berlin die Unterführungen für diejenigen Mitglieder, die 66 Pf. Beitrag bezahlen können, geregelt werden sollen.

Die Resolution Cohen wird einstimmig angenommen und der Zusatzantrag Demmer abgelehnt. Sodann legt eine große Debatte über eine Antage der Statutenberatungskommission ein, die Arbeit darüber verhandelt, wie nach dem angenommenen Antage Berlin die Unterführungen für diejenigen Mitglieder, die 66 Pf. Beitrag bezahlen können, geregelt werden sollen.

Es folgt hierauf der Tagesordnungspunkt Stellungnahme zum Gewerkschaftstongreß, zu dem Schilde referiert. Redner bepricht die Gefährdung des Koalitionsrechts durch den Borentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

Am 6. Juli tritt Schluß der Nachmittags-Sitzung ein, um 7 1/2 Uhr beginnt eine Abend-Sitzung.

Gewerkschaftliches.

Am 20. Juni findet die 10. Sitzung der Gewerkschaften in Berlin statt. In der Verhandlung über die Gewerkschaften in Berlin sind mehrere technische Punkte geregelt worden, weil sie verstanden, durch Verhandlungen mit der Firma bessere Arbeitsbedingungen für die Beamten herbeizuführen.

anten bestellte Verammlung protestierte Freitag abend gegen die Abregelungen, die erkennen ließen, daß die Firma sich im Widerspruch zu ihren Erklärungen gegenüber der Stadt Schöneberg nicht scheue, ihre Angelegenheiten im Gebrauch des Koalitionsrechts zu hindern.

Weldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Streik der Wäfigerarbeitern in Bremen ist beendet. Als Ganzes können die Wäfigerarbeitern mit dem Wäfigerstreik sein, war es doch das erstmal, daß die Arbeiterinnen, geführte auf ihre Organisation, eine Verbesserung durchsetzen konnten.

Es wäre zu wünschen, die Wäfigerarbeitern der übrigen Orte kämen auch bald zu der Einsicht, daß sie sich dem Verbande der Schneider, Schneiderinnen und Wäfigerarbeiter anschließen, wenn an allen Orten werden die Arbeiterinnen geradezu jämmerlich entlohnt.

Die Parfittschreiner in Augsburg haben mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der neben sonstigen erheblichen Verbesserungen, wie Festsetzung eines Mindestlohnes, Garantie des Lohnzuges bei Stillarbeit, Fortrentschädigung usw. eine Lohnhöhung bis zu 20% mit sich bringt.

Der Arbeiterradfahrerbund Freiheit

hat in den Pfingsttagen in Berlin Generalversammlung abgehalten. In dem Geschäftsbericht, der von dem Bundesvorsitzenden Döber gegeben wurde, schloß sich eine längere Debatte über die Stellung zum Bunde Solidarität an.

Die Delegierten des diesjährigen Bundestages des Arbeiterradfahrerbundes Freiheit seien keine Veranlassung, sponserbeteiligung mit dem Bunde Solidarität in Verhandlungen zu suchen, da sich das Bemerkens in Berlin bestehen nicht geändert hat und sich auch ferner keine Bewähre bietet, daß solches in Zukunft geschehen wird.

Der Kassenericht bilanzierte in Einnahmen, Ausgaben und Bestand mit 16.001,76 M.; der letztere betrug am Schluß der Berichtsperiode 5543,38 M.

Die Disziplin tritt allgemeines Einverständnis mit den Ausführungen Cohens zu. Ein Zusatzantrag Demmer-Wiesbaden, der von den Gemeindeverwaltungen die Einführung partiarischer Arbeitsnachweise fordert, wird in der Diskussion allgemein bekämpft.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Datum, Wasserstand. Includes locations like Arien, Brückenweg, Nebrn, Cerneged, Untereggel, etc.

Beamtentisch für Politartifel. Politische Ueberlicht, Partei-mitteilungen und Verzeichnisse der Reichsvereinsorganisationen und Verzeichnisse der Reichsvereinsorganisationen und Verzeichnisse der Reichsvereinsorganisationen.



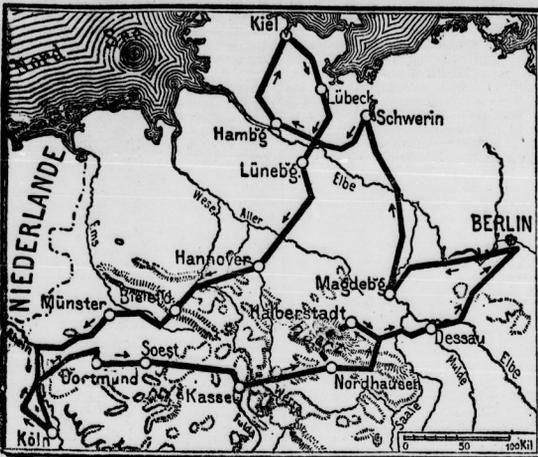
# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 135

Halle a. S., Dienstag den 13. Juni 1911

22. Jahrg.

## Der deutsche Rundflug.



Uebersichtskarte zum Deutschen Rundflug um den „D. 3.-Preis der Käse“, Start am 11. Juni.

Man schreibt uns aus Berlin: In Berlin hat am Sonntag der große deutsche Rundflug begonnen, der programmgemäß zwei Dutzend Flieger über Magdeburg, Kiel, Köln, Aachen, Nordhagen nach der Reichshauptstadt zurückzuführen soll. Auf obenstehender Uebersichtskarte ist die Strecke genau angegeben. 1854 Kilometer sollen in der Zeit vom 11. Juni bis zum 7. Juli durchflogen werden, fast eine halbe Million Meter ist an Breiten ausgesetzt worden, um die Flieger für ihre Leistungen zu belohnen. Es handelt sich also um ein in jeder Beziehung groß angelegtes Unternehmen, wie es ähnlich in Deutschland noch nicht gesehen worden ist, um ein Ereignis in der Geschichte des technischen Fortschritts, hohentrotz um ein glückliches, das nur Erfolg bringt ohne neue Opfer zu fordern.

Unter den Hunderttausenden, die am frühen Morgen des 11. Juni die ersten sieben Flieger mit den Wägen begleiteten, bis sie als einzige Vindicten im Luftraum verschwanden, wird wohl keiner so kühn getraut sein, daß er nicht etwas von der Größe des Augenblicks empfunden hätte.

Eine Epoche der Menschheitsgeschichte, von der Entdeckung des Feuers bis zur Erfindung des künstlichen Vogelflugs, schließt, eine neue beginnt, von der Erfindung des Menschenfluges — bis wohin? Wir ahnen es nicht, aber wir wissen jetzt, daß es eine Fäufung war, als wir glaubten, mit der Dampfmaschine und dem elektrischen Licht, mit Telegraph und Fernsprecher sei das Zeitalter der Erfindung im wesentlichen abgeschlossen, das Füllhorn der Technik sei erschöpft. Was haben wir seitdem nicht alles erlebt! Die Entwicklung des Automobils, die drahtlose Telegraphie, den Kinematographen, die Flugzeugentwicklung, die Bewegung des Luftschiffs zur Dimerisationsmaschine, ist alle Wunder überfliegend, das Wunder der Wunder, die Welt! Und noch ist kein Abbruch zu sehen, sondern die Schnelligkeit des technischen Fortschritts nimmt im „Automobiltempo“ zu, wie das letzte der Technik entnommene Schlagwort lautet. Man wird wohl bald sagen, im Fliegertempo!

Wir wären keine Sozialisten, wenn wir eine solche Entwicklung, die das menschliche Geschlecht mit tausend neuen Glücksmöglichkeiten bereichert, nicht freudig begrüßen würden. Aber in das Gefühl des Glücks über die rapide Entwicklung der Technik, mischen sich Empfindungen des Grolls und der Verbitterung darüber, daß der politisch-soziale Fortschritt hinter dem technischen so weit zurückgeblieben. Soweit es die Technik ankommt, ist jeder von uns reichler als Armbind oder Aart der Größe oder der Kultur Saladin, denn die Technik gibt uns alles Wohlleben, die reichsten, mächtigsten Menschen der alten Zeit entbehren müßten. Nur für die Streichholzfabrik, die der Arbeiter in der Heidenstraße trägt, hätte jeder dieser reichen armen Leute sein halbes Vermögen gegeben! Von der wunderbaren Vornehmlichkeit des Fernsprechers oder dem raffinierten Gemach einer Eisenbahnfahrt ganz zu schweigen!

Auf der anderen Seite, welche Schande für uns, daß wir inmitten dieses fastbahnen Reichtums so bettelarm gelassen sind. Die Menschen können fliegen — wir erleben es indirekt, krummend! Aber zu gleicher Zeit erfahren wir, daß sie nicht für ihre Größe zu sorgen vermögen, daß sie ihren gebärenden Müttern die nötigste Unterhaltung zu versagen gezwungen sind, daß sie nichts dauegen tun können, wenn ihre Kinder wie die Fliegen hinfieren, daß für jene, die ohne Verschulden arbeits- und einflusslos geworden sind, kein Gländen Wort übrig bleibt! Altersversorgung, ausreichende Wohnverhältnisse, Arbeitsbeschäftigung, — nach den Berechnungen unserer regierenden Staatsmänner: „lauter unauflösbare Probleme!“ Während die Technik lösende alle Probleme löst, müssen wir uns in der Politik immer mit „unlösbaren Problemen“ herumfingeln. Die Sozialminister der Kriegszeitungen ist ein „unlösbare Problem“, die Teut-Beitragung — ein „unlösbare Problem“, ja selbst diese armelige, elende preußische Wohlfahrtsarbeit, in Mittelstaaten längst keine Frage mehr ist, auch sie rückt sich auf der langen Bahn, auf die sie von den Ministern geschoben wird, zuletzend zum „unlösbaren Problem“ aus!

Zu diesen lösbaren Widersprüchen zwischen der unermesslichen Potenz der Technik und der eingehenden Armut unserer offiziellen Politik ist eine Schande für die Menschheit. Und die Sache wird nicht verbessert, sondern nur verfestigt durch die Technik, daß diese Armut gar nicht notwendig und notwendig, sondern künstlich hervorgerufen und beabsichtigt wird. Auf technischem Gebiet darf der menschliche Fortschritt ins Un-

ermessliche hinausströmen, auf sozialem Gebiet muß er sich mühsam hinstemmen, weil ihm der Eigennutz der herrschenden Klassen mit Ketten und Klammern festhält. Der bornierte Egoismus des Weltes ist härter als die Felswand, die der Ingenieur durchbohrt, und leichter triumphiert das Fahren gegen die natürliche Widerkraft, als der Wille zu hohen politischen Zielen gegen fanatische Bosheit aufkommt, die alljährlich formierte Herrscherkräfte bereitstellt. Den Strom, den Felsen, den Sturm, den Witz haben wir besiegt und nur ein Feind ist uns geblieben — der Mensch!

Solche trübe Betrachtung verflummert uns das hohe Gut einer Stunde, die tausendlichen die erträumte Erfüllung bringt. Und doch — weil wir noch Größeres und Schwereres wollen, empfinden wir vielleicht leichter als der noch nicht sozialemisch tendende Teil der Menschheit das Glück, eine Erfüllung zu erleben! Nicht um resigniert die Hände in den Schoß zu legen und den Techniken den unbestrittenen Vortritt zu überlassen — sondern um erfüllt zuversetzt, daß wir Sozialisten die Ingenieure der menschlichen Gesellschaft sind, herauf den Bahn zu bauen, Ordnung zu schaffen und den furchtbaren Strom des Reichtums in die Nierungen zu leiten.

In diesem Sinn grüßen wir die kühnen Pioniere des menschlichen Fortschritts droben in den Lüften. Sie schaffen ein großes Werk. Wir drünten aber wollen nicht müßige Zuschauer bleiben, sondern weiter schaffen, bis auch uns das Glück der Erfüllung und Vollendung winkt! Wie jenen droben, die ihre Sätze fliegen sehen, auch wenn sie selber fliegen, sterben ...!

### Der Start zum Rundflug

war am Sonntag früh 5 Uhr angefaßt. Trotz der frühen Morgenkühle machte, wie aus den telegraphischen Meldungen hervorgeht, ein nach und unterausenden zählendes Publikum nach dem Flugplatz in Johannisthal bei Berlin. Vor den Schaltern der Bahnhöfe wie auch auf den Bahnhöfen selbst spielten sich unübersehbare Szenen ab. Zug auf Zug rollte in den Bahnhof Niederflörweiden Johannisthal ein und unübersehbar Menschenmenge ergoß sich auf die zum Flugplatz führenden Wege. Ganz besonders hart waren die Gedrängnisse besetzt, die wurden im wahren Sinne des Wortes geküßt und ohne viel Bekümmern erliegen die Müdigkeit, die in den überfüllten Ausposten eigenen Platz mehr finden konnten, die Dächer der Eisenbahnwagen, um die Kabri in lustiger Höhe zurückzuliegen. Selbst auf den äußeren Laufreitern der Lokomotiven hielten Gruppen von Menschen, und die Eisenbahn war gegen diesen der Not entgegen unangenehmen Beförderungsmodus madtlos.

Auf dem Startplatz und den Tribünen hatte schon seit den ersten Morgenstunden lebhaftes Geschäftigkeit eingeleitet. Die Flugmaschinen wurden aus den Hangars herausgeholt und einer nachmaligen einachen Prüfung unterzogen. Flieger und Startkommission trafen ihre Anordnungen zum Beginn des Fluges. Mehr und mehr füllten sich die Tribünen und der Masten vor diesen. An unübersehbar Reihen strömten durch die zahlreichen Eingänge des ausgedehnten Terrains Menschen aller Gesellschaften, im Auto, zu Wagen und auf Schreitern flüchtend. Nach oberflächlicher Schätzung werden 400.000—500.000 Personen auf dem Fluglande gewesen sein.

Um 5 Uhr begann der Start. Als erster erhob sich Lindpaintner mit einem Passagier um 5:11 Uhr in die Luft. Dieser erhabene Passagier ging sofort in beträchtliche Höhen und war bald den Wägen der Zuschauer hinter den Wolken verschwunden. Die ihm folgenden Ausflüchter bieten sich ausnahmslos in geringeren Höhen. Zum folgend: Bollmüller um 5:15 Uhr mit einem Passagier, Meißner um 5:20 Uhr ohne Mitflieheren, Schauenburg um 5:26 Uhr mit einem Passagier, Müller um 5:44 Uhr ohne Passagier, König um 5:48 Uhr mit einem Begleiter, Thelen um 5:51 Uhr mit einem Passagier. Dieser untreute zweimal dem Flugplatz, ging aber alsbald wieder nieder; anschließend war sein Apparat nicht in Ordnung. Erst bei einem erneuten Start, der 20 Minuten später erfolgte, konnte sich Thelen auf die Höhe begeben.

Gegen 1:15 Uhr trat die Meldung ein, daß Lindpaintner auf dem im beginnenden Unterraum Gehler um 7:24 Uhr glatt auf dem Landungsplatz in Magdeburg eingetroffen war. Er hatte sich fast während der ganzen Fahrt in einer Höhe von 850 Metern gehalten. Führer und Passagier hatten statt unter der Mäite gelitten, sie wurden bei der Landung von der viel-

taufentköpfigen Menschenmenge mit frenetischem Beifall begrüßt.

Ueber das Schicksal der anderen Flieger liegen folgende Meldungen vor: Schauenburg landete wegen eines Defektes in Neuho bei Brandenburg. Bollmüller ging auf dem Flugfelde bei Potsdam nieder, weil die Welle seines Motors gebrochen war. Meißner nahm bei Barzdau in der Nähe von Burg eine Zwischenlandung. Man glaubt, daß er weiterfliegen wird. Müller kam bis Dreitzig, wo er kurz nach 6 Uhr landete. König zog es wegen der einsetzenden starken Wägen vor, zwischen Gelsig und Gafe niederzulegen. Er hat die Mäite, abends den Flug fortzusetzen. Thelen mußte bei Vohau landen, sein Apparat ist teilweise beschädigt, er selbst begab sich im Automobil nach Magdeburg.

Ueber den Verlauf der ersten Etappe des Rundfluges von Magdeburg bis Berlin liegen noch die folgenden Meldungen vor: Magdeburg, 12. Juni. Der Minister König, der mit seinem Passagier, Leutnant Koch, nach zweifelhünder Fahrt gehen nadmittags bei Gade bei Genthin infolge heftiger Wägen landen mußte, ist kurze Zeit darauf in der Richtung nach Magdeburg weitergefliegen, mußte aber wegen starken Gegenwinden 20 Kilometer vor Magdeburg abermals landen. Von den Gefährten morgen in Johannisthal gestarteten sieben Fliegern ist als einziger bisher nur Lindpaintner in Magdeburg, der ersten Etappe des deutschen Rundfluges, eingetroffen. Er hat die 145 Kilometer lange Strecke in 2 Stunden 7 Minuten zurückgelegt.

Berlin, 12. Juni. Die für den gefrigen Nadmittag in Johannisthal angekündigten Flüge waren von Mißerfolgen begleitet. Der Wind, der gegen Morgen ziemlich schwach gewesen war, frischte am Nadmittag bedeutend auf, so daß der Start von Jeannin, Wächner und Dr. Wittenstein unterbleiben mußte, sie machten nur einige Rundflüge um den Flugplatz. Die Fernfahrt nach Magdeburg soll erst heute morgen angetreten werden. In Magdeburg ist für die Flieger keine Anhebung.

## Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.

Das Genossenschaftswesen entspricht dem unsere Zeit beherrschenden Gedanken der Kogiation, der Zusammenziehung der wirtschaftlichen Kräfte und so einfahtet sich diese Bewegung jedes Jahr immer mehr in die Breite und in die Tiefe. Neben den Genossenschaften, in denen sich die Organisierung der landwirtschaftlichen Bezug- und Verwertungsarbeit vollzieht, sind es vor allem die Konsumvereine, die sich in einer mächtvollen Aufwärtsentwicklung befinden. Der größte und in jeder Beziehung fortgeschrittenste Teil dieser Bewegung ist organisiert in dem im Jahre 1902 aus dem Schoße des Allgemeinen Verbandes hervorgegangenen Zentralverband deutscher Konsumvereine. Der letzten erschienenen Jahresbericht für 1910 zeigt, daß auch das letzte Jahr dem Verbande einen Wachstumsgang gebracht hat. Die Zahl der Verbandsvereine vermehrte sich von 1110 Ende 1909 auf 1151 Ende 1910, die der berichteten von 1108 auf 1148. Die Mitgliederzahl dieser Vereine stieg von 1.058.142 auf 1.181.860, der erzielte Umsatz von 375.572.165 auf 424.784.280 Mark, der Reingewinn von 25.931.576 auf 28.862.960 Mark. Gleichzeitig vermehrte sich der Wert der in eigenen Werksstätten erzeugten Waren von 53.421.054 Mark auf 66.061.921 Mark.

Unter den Verbandsgenossenschaften nehmen selbstverbrauchsähnlich die Konsumvereine bei weitem den ersten Platz ein. Es entfielen auf sie 1109 Vereine, darunter 1108 berichtsgebende, 1.171.735 Mitglieder, 926.304.828 Mark Umsatz, 53.716.965 Mark Eigenproduktion, und 27.731.483 Mark Reinerzeugung (einschließlich des Lieferantensubstrates und des den Mitgliedern im Voraus garantierten festen Abhaltes aus dem eigenen Geschäft). Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der dem Verbands angehörigen Konsumvereine um 3,2 Prozent vermehrt, die der Mitglieder um 11,6 Prozent; der Umsatz im eigenen Geschäft ist um 12,3 Prozent, der im Lieferantengeschäft um 19,3 Prozent gewachsen. Demzufolge mehrte sich die Erzeugung um 11,7 Prozent. Am stärksten vermehrte sich der Wert der selbstproduzierten Waren, nämlich um 19,1 Prozent.

Die Eigenproduktion, an der rund 200 Vereine beteiligt sind, erstreckt sich hauptsächlich auf die Herstellung von Waren, die neben dem Vertrieb eines Anzahl Vereine Schokolade, Pfeffer, Mählen, Kaffeebohnen, Mineralwasser und Mineralwasserfabrikation, Mäheren, Konfektionen und Wäfenherstellung um. Im Durchschnitt betrug der Wert der von den Konsumvereinen hergestellten Waren pro Mitglied 46 Mark oder 17,4 Prozent des Gesamtumsatzes im eigenen Geschäft. Nicht man, wie dies wohl bereits ist, die Eigenproduktion der Organisationsgenossenschaften, sondern den auf die Konsumvereine entfallenden Teil des Abzuges der Produktionsgenossenschaften mit in Rechnung, so ist das Resultat natürlich noch ein viel günstigeres; mehr als vier fünftel Wert der von den Konsumvereinen vertriebenen Waren dürfte dann aus genossenschaftlichen Quellen stammen.

Das eigene Kapital der Konsumvereine, einschließlich der Geschäftsguthaben und der Hausanteile betrug Ende 1911: 40.358.964 Mark, das ist 3450 Mark durchschnittlich auf den Kopf des Mitglieds, gegen 35.648.968 Mark oder 33,40 Mark pro Mitglied im Vorjahr. Erinnern wir uns, daß in den englichen Konsumvereinen das Durchschnittskapital pro Mitglied rund 300 Mark beträgt, so bezeugen wir, wie viel wir auch noch in dieser Beziehung von unseren genossenschaftlichen Geschäften zu lernen haben. Der langjährigste deutsche Grundbesitz hand mit 38.028.654 Mark zu Wäde. Ansgewandte Beschäftigten die dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine Ende 1910 16.408 Personen, davon 18.827 in der Warenverteilung und 2576 in der Produktion.

Eine zweite dem Zentralverband angeschlossene Gruppe ist die der Arbeits- und anderen Genossenschaften. Es entfielen auf sie 40 Genossenschaften, darunter 38 berichtsgebende, 8018 Mitglieder, 8.236.998 Mark Umsatz, der in diesem Maße dem Werte der Eigenproduktion entspricht, und 254.922 Mark Erzeugung. Beschäftigt wurden von diesen Genossenschaften 194 Personen, darunter 143 in der Warenproduktion und 901 in der Verteilung. Der Gesamtwert der von dieser Gruppe hergestellten Waren beträgt also nur etwa den sechsten Teil der Eigenproduktion der Konsumvereine. Dabei sind nur 23 Genossenschaften dieser Gruppe eigentliche Produktivgenossenschaften, 6 sind Konsumanten-Produktivgenossenschaften, 4, h. Genossenschaften von Konsumanten zum ausschließ-





